

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 39/39
Telex: 08 95 848-48 ppbn d



Inhalt

Marie Schlei MdB zieht
eine außenpolitische
Bilanz.

Seite 1-3

Lothar Schwartz, SPD-
Vorstandssprecher, at-
tackiert die Stoltenberg-
Pläne zur Umwandlung des
NDR.

Seite 4/5

Alfons Bayerl MdB er-
innert an die demokrati-
sch-fortschrittlichen
Traditionen Bayerns,
die trotz CSU-Vormacht
lebendig sind.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 142

27. Juli 1978

Kontinuität in der Entspannungs- und Friedenspolitik

Zwischenbilanz: Eine große Idee ist mit Leben erfüllt worden

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Außenpolitischen Arbeitskreises der Sozial-
demokratischen Bundestagsfraktion

Aus allen dem Arbeitskreis I der Sozialdemokratischen Bundes-
tagsfraktion vorgelegten Initiativen ist zu erkennen, daß
die Entspannungs- und Friedenspolitik der Bundesrepublik
Deutschland konsequent fortgeführt werden soll. Mit großem
Engagement haben die Gliederungen der Partei für die Sicher-
ung des Friedens und die Fortführung des Entspannungspro-
zesses konkrete Schritte wie Rüstungskontrollvereinbarungen,
Maßnahmen zur Abrüstung, Truppenverminderung wie auch die
Einrichtung eines Abrüstungsamtes gefordert.

Nach den Beratungen im Arbeitskreis I wurden dazu am 14. Mär
und am 18. April 1978 von der SPD-Bundestagsfraktion zwei
Beschlüsse gefaßt:

1. Um den politischen Zielen der Begrenzung der Rüstungs-
kapazitäten zu entsprechen, erwartet die Fraktion, daß
neue Aufträge im Rüstungsexport nicht zur Kapazitäts-
ausweitung im Rüstungsbereich führen.
2. Mit der Entschließung "Waffenexport und Abrüstung" wird
die Bundesregierung aufgefordert, alljährlich einen Ab-
rüstungsbericht dem Parlament vorzulegen und die Frage
der Schaffung eines Abrüstungsamtes zu prüfen. Im Rahmen
der Beziehungen zu den KSZE-Staaten und den Staaten der
Dritten Welt will die Fraktion die Fragen der Rüstungs-
kontrolle politisch initiativ behandeln.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt es, daß anlässlich des
Besuchs des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew
in der Bundesrepublik Ansätze für Fortschritte bei den Ge-
sprächen der Abrüstung und Truppenverminderung erzielt
worden sind.

Sie geht davon aus, daß die in der gemeinsamen Erklärung
genannten Forderungen von annähernder Gleichheit und Parität

zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Als Ziel wird eine stabilere Lage auf niedrigerem militärischen Niveau als heute angestrebt.

Eine politische Konzeption zur Abrüstung und Rüstungskontrolle in der diese Forderungen einfließen werden, wird durch den Vorsitzenden des Unterausschusses Abrüstung, Alfons Pawelczyk, vorbereitet.

Die SPD-Fraktion begrüßte die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, die Produktion der Neutronenwaffe vorerst zurückzustellen. Sie erwartet, daß die in diesem Zusammenhang erklärte Bereitschaft der Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses, wirkungsvolle Rüstungskontrollvereinbarungen einzugehen, zu Fortschritten in der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung führt.

Für die SPD steht die äußere Sicherheit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Friedenssicherung. Sie ist für die Bundesrepublik nur im westlichen Bündnis auf der Grundlage der Ausgewogenheit militärischer Kräfte gewährleistet. Im Rahmen der Entspannungsbestrebungen der NATO-Staaten müssen ihre politischen Schritte jetzt auch begleitet sein durch die militärische Entspannung. Der Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion macht sich die Forderung des Hamburger Parteitages zu eigen, daß alle Staaten nach den Grundsätzen der Wechselseitigkeit und Ausgewogenheit unter der Bedingung strategischer Stabilität handeln und sowohl im Rahmen der Wiener MBFR-Verhandlungen als auch auf der Grundlage der in der KSZE-Schlußakte vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen langfristige Prozesse fördern und durchhalten.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung des Parteitages, Konzeption und Praxis der Inneren Führung und der politischen Bildung in der Bundeswehr zu verbessern. Unter Beachtung der militärischen Besonderheiten im Streitkräfte-Bereich wird sich die Fraktion an der Auswertung der bisherigen Erfahrungen in der Anwendung des Bundespersonal-Vertretungsgesetzes in der Bundeswehr beteiligen. Bei der Lösung dieser schwierigen und langfristig angelegten Aufgaben wird die SPD-Bundestagsfraktion den neuen Verteidigungsminister, Hans Apel, genauso aktiv unterstützen wie dies zuvor bei Georg Leber geleistet wurde.

Die SPD-Bundestagsfraktion begleitet die Bundesregierung bei der Fortführung der Deutschland- und Berlinpolitik im Sinne des in Hamburg verabschiedeten Initiativantrages. Unsere Deutschlandpolitik ist zugleich ein konstruktiver Beitrag zur weiteren Verwirklichung der KSZE-Schlußakte.

Die im Interesse der Bürger in beiden Teilen Deutschlands erzielten vielfältigen Ergebnisse und menschlichen Erleichterungen fördern den Zusammenhalt der Menschen im geteilten Deutschland. Zur ebenso notwendigen wie mühseligen Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen würdedie Begegnung unseres Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, wesentlich beitragen können.

Die Kompliziertheit der Verhandlungsmaterien verlangt nach einem nüchternen Arbeitsklima, das nur erreicht werden kann durch den ständigen offenen Dialog beider Regierungen und beider Regierungschefs. Die Forderung der CDU/CSU, es solle erst zu einer Begegnung kommen dürfen, wenn eine Anzahl von Bedingungen erfüllt sei, verharret in deutschlandpolitischer Fehleinschätzung und in der national unfruchtbaren Diskussion von den Verträgen.

An der Vorbereitung der dem Bundespräsidenten vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt empfohlenen gemeinsamen Berlin-Initiative der Parteien waren die zuständigen Gremien der Fraktion beteiligt. Die gemeinsame Erklärung zur Berlinpolitik kann als Hoffnungsschimmer für zukünftige Möglichkeiten nationaler Gemeinsamkeit angesehen werden.

Grundsätze zur Europapolitik der Sozialdemokraten wurden in einem vom Parteivorstand vorgelegten Leitantrag verabschiedet. Die Sozialdemokraten streben eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung in der Europäischen Gemeinschaft an, die sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientieren muß. Die Europawahlen bieten der SPD eine Chance, gemeinsam mit den im Bund zusammengeschlossenen elf Sozialdemokratischen Parteien ihre Reformpolitik durchzusetzen.

Der Parteivorstand beauftragte den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Bruno Friedrich, mit der organisatorischen und politischen Vorbereitung der europäischen Direktwahl im Jahr 1979. Unter seiner Leitung werden in Zusammenarbeit mit den Gremien beim Parteivorstand alle entsprechenden Anträge ausgewertet.

Für den außerordentlichen Bundesparteitag im Dezember 1978 wird ein Europawahlprogramm der SPD erarbeitet. Auf der Basis der "Politischen Erklärung" der Parteivorsitzenden der elf im Bund zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Parteien vom 24. Juni 1978 wird die europäische Wahlplattform der Sozialdemokraten gemeinsam zu einem Manifest weiterentwickelt. Der Wahlausschuß des Bundes unter Leitung von Bruno Friedrich wurde beauftragt, den Kongreß des Bundes sowie gemeinsame europäische Wahlkampfaktivitäten vorzubereiten.

Dem Wesen der Entwicklungspolitik entsprechend sind die Beschlüsse des SPD-Parteitages von Hamburg zum Thema Nord-Süd-Dialog auf langfristige Aufgaben angelegt. Einige der dabei vorgeschlagenen Maßnahmen sind inzwischen realisiert oder in Angriff genommen worden.

- Die Bundestagsfraktion hat eine EntschlieÙung des Bundestages initiiert, in der die Bundesregierung zur aktiven Mitarbeit bei der Gestaltung einer leistungsfähigen gerechteren Weltwirtschaftsordnung aufgefordert wurde.
- Der Haushalt für öffentliche Entwicklungshilfe ist 1978 um 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht worden. Nur wenn diese Steigerungsraten beibehalten werden können, rückt das 0,7-Prozent-Ziel in erreichbare Nähe.
- Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, die Schulden der ärmsten Entwicklungsländer nach Überprüfung von Fall zu Fall in Zuschüsse umzuwandeln und unsere künftige finanzielle Hilfe durch nicht rückzahlbare Kredite zu leisten.
- Die SPD-Bundestagsfraktion bemüht sich, das Entwicklungsländersteuergesetz zu einem Bündel von Instrumentarien auszubauen, das geeignet ist, private Investitionen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern wirksamer als bisher in entwicklungspolitisch sinnvolle Bahnen zu lenken.
- Die Fraktion setzt sich für die rasche finanzielle, regionale und sektorale Ausgestaltung koordinierter Hilfsmaßnahmen für die Länder Südeuropas im Rahmen eines Solidaritätsprogramms ein.
- Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung nachdrücklich in ihrem Bemühen, sich weiterhin - in Kenntnis der unterschiedlichen Situation in den drei Ländern im südlichen Afrika, in denen weiÙe Minderheiten herrschen, für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der unterdrückten Bevölkerungsmehrheiten einzusetzen und fordert sie auf, dabei alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen.
- Eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Uwe Holtz, arbeitet zur Zeit an einer Konzeption, die die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zum südlichen Afrika zweifelsfrei definieren soll.

Die im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion begonnene Aufarbeitung der Beschlüsse des Hamburger Parteitages bestätigt den Grundkonsens in der deutschen Sozialdemokratie über die Ziele und Aufgaben in der Außenpolitik, der Entspannungspolitik, bei der Gewährleistung der äußeren Sicherheit und der konstruktiven Gestaltung des Nord-Süd-Dialogs.

(-/27.7.1978/h1/10)

Stoltenbergs Anmaßung

Druck und Drohung passen nicht zu einem unabhängigen NDR

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Die Kieler Staatskanzlei entfaltet auffällige Aktivitäten, um ihren Entwurf für einen neuen Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk der Öffentlichkeit als sachlich notwendiges, in der Absicht untadeliges und für Hörer und Seher geradezu wohltätiges Werk darzustellen. Daß zu Ihrer Beglückung vor allem die Einengung des Freiheitsraumes für Journalisten und Programmacher beitragen soll, will aber trotzdem einer ständig zunehmenden Zahl von Bürgern in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg nicht so ohne weiteres einleuchten. Sie formieren sich zu Bürgerinitiativen für die Rundfunkfreiheit. Sie haben offensichtlich mehr Vertrauen zur journalistischen Selbstverantwortung als zur vorgeblichen Selbstlosigkeit christdemokratischer Medienpolitik, wie sie sich in den Funkhäusern in München, Baden-Baden und Saarbrücken bereits eindrucksvoll manifestiert, sowohl personal- als auch programmpolitisch.

Die in der Kieler Staatskanzlei entwickelten Vorstellungen und Formulierungen haben eine deutliche und durchgehende Tendenz: Einfluß und Zensurnöglichkeiten von außen in die Rundfunkanstalt hinein sollen ausgeweitet werden. Das kommt zum Beispiel in der beabsichtigten Beschränkung der Rechte des Intendanten und die Verstärkung seiner Abhängigkeit von den Organen Verwaltungs- und Rundfunkrat zum Ausdruck. Von der zahlenmäßigen Aufstockung des Rundfunkrates von bisher 24 auf 51 Mitglieder, die als Zurückdrängung des Parteieneinflusses angepriesen wird, versprechen sich die Urheber dieses Entwurfs nach Erfahrungen mit den Konstruktionen des ZDF-Fernsehrates (66 Sitze) und des SWF-Rundfunkrates (49 Sitze) in Wirklichkeit eine dauerhafte konservative Mehrheit auch in den Aufsichtsgremien.

Und wer als Journalist im Kieler Entwurf liest, es sei eine Erfordernis der Ausgewogenheit und der Förderung des inneren und äußeren Friedens, "die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit nicht überwiegend unter Konfliktgesichtspunkten darzustellen", kann sich ausmalen, was militante konservative Programmaufseher mit diesem Gummiparagraphen alles zur Drosselung journalistischen Engagements

und zur de-facto-Einführung thematischer Tabus ansehen können. Unter zäher und gezielter taktischer Anwendung dieser Form durch Rundfunkräte, die von Programmbeobachtungsdiensten der CDU und ihr befreundeter Institutionen entsprechend munitioniert werden, ist die Ermüdung und Resignation kritischer Journalisten bis zur Selbstzensur vermutlich nur noch eine Frage der Zeit.

Programmschelte und Versuche der Reglementierung journalistischer Arbeit in den elektronischen Medien, wie sie von Politikern der CDU und CSU (allerdings nicht beim Bayerischen Rundfunk) immer wieder kommen, sind schon anmassend genug. Jüngste Beispiele lieferten das Staatsministerium in Stuttgart und der stellvertretende CDU-Vorsitzende Heinrich Köppler. Dem Kanzleichef des Herrn Filbinger paßte die konkrete Berichterstattung der "Tagesschau" über die Vorgänge um seinen Chef nicht. Und dem Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen paßte einfach die ganze Richtung nicht, wie in Funk und Fernsehen die "Grünen" behandelt, nämlich "maßlos überbewertet" werden. Sein vorgebrachtes Motiv, vom verbrauchten Vorwurf des "Rotfunks" auf eine Warnung vor "Grünfunk" umzuschalten, ist in gewisser Weise verständlich.

Nichtsdestoweniger stehen Sozialdemokraten konsequent zum Grundsatz journalistischer Arbeit, wonach alle Nachrichten von Relevanz ins Blatt, ins Radio und auf den Bildschirm gehören, und zwar in einer Form, die der alleinigen Entscheidung und Verantwortung der Redaktionen unterliegt. Das mag manchmal wehtun und auch für den Augenblick bedenklich erscheinen. Dies kann und darf aber kein Grund sein, die umfassende Darstellung der Wirklichkeit und ihre kritische Ausleuchtung in den Medien behindern oder im eigenen Sinne steuern zu wollen. Druck und Drohung dürfen nicht in das Instrumentarium und zum Stil eines verantwortungsbewußten und auf längere Sicht allein vernünftigen Umgangs zwischen Politikern und Journalisten in einer Demokratie gehören. (-/27.7.1978/bgy/10)

+ + +

In Bayern gibt es nicht weniger Liberalität als anderswo

Die Aktion "Das andere Bayern" zeigt demokratische Tradition

Von Dr. Alfons Bayerl MdB
Vorsitzender des SPD-Bezirks Südbayern

Der Erfolg gibt ihr Recht - die Aktion macht weiter. Ihr Ziel: Das demokratische Bayern zeigen, das Bayern der liberalen Tradition. Gemeint ist die Aktion "Das andere Bayern". Seit zwei Jahren bemüht sie sich zu zeigen, daß der weiß-blaue Freistaat nicht gleichbedeutend ist mit CSU oder Hinterwäldlertum.

Mit einem Buch hatte es 1976 angefangen. In der Nymphenburger Verlagsanstalt erschien das Lesebuch zu einem Freistaat "Das andere Bayern". Es enthielt Beiträge von Willi Albrecht und Carl Amery. Reinhard Baumgart und Hans Peter Bleuel hatten ebenso zur Feder gegriffen wie Wolfgang Ebert, Bernt Engelmann oder Peter Glotz. Cordula von Godin gehörte zu den Autoren, Dieter Hildebrandt, Alfred Hornè, Peter Kritzer, Erich Kuby, Wolfgang R. Langenbacher. Die Autorenreihe wurde fortgesetzt von Dieter Lattmann, Dagobert Lindlau, Kurt Rittig, Wolfgang Ruppert und Christian Ude.

Im Aufruf der Autoren zu ihrem Buch stellten sie fest: Jahr für Jahr werden bayerische Städte dazu mißbraucht, in Deutschland und der Welt ein Bild des Landes Bayern zu produzieren, das nur eine Karikatur der Wirklichkeit ist: Vilshofen, Sonthofen, Passau... Die Namen solcher traditionsreichen bayerischen Städte werden auf diese Weise mit einer aggressiven Politik verbunden, die zu Unrecht konservatives Ressentiment mit bayerischem Brauchtum gleichsetzt. Die Unterzeichner dieser Erklärung, Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler, die in Bayern leben und arbeiten, wollen sich mit dieser Aschermittwochstradition nicht mehr abfinden und haben deshalb die Aktion "Das andere Bayern" ins Leben gerufen. Die Autoren stellen zu ihrer Aktion fest: "Das Weiß der Berge und das Blau der Seen, von denen führende bayerische Politiker so gern sprechen, gehören weder der CSU noch einer Interessengruppe. In Bayern ist die Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leid oder das materielle Ressentiment gegen eine Versöhnung nicht größer als in anderen Bundesländern. In Bayern gibt es nicht weniger Liberalität als anderswo. Die bayerische Geschichte ist nicht die Geschichte der bayerischen Volkspartei, München läßt sich nicht als "Hauptstadt der Bewegung" denunzieren; Bayerns Kultur und Literatur ist reich an kritischer Tradition, zu ihr gehören nicht nur Thoma oder Ganghofer, sondern auch Feuchtwanger und Oskar Maria Graf. Die Verfilzung zwischen bayerischem Staatsapparat, bayerischer Wirtschaft und bayerischer Mehrheitspartei ist nicht das Ergebnis eines geheimnisvollen bayerischen Volkscharakters, sondern die veränderbare Folge einer politisch-historischen Konstellation."

Den Verfassern des Buches und weiteren Interessenten wurde klar, daß es nicht nur bei dem Buch bleiben dürfe, sondern daß die Idee des "anderen Bayern" fortgesetzt werden müsse. Deshalb wurden im Laufe der Zeit eine Reihe von Veranstaltungen organisiert.

Da gab es eine Podiumsdiskussion zur CSU mit Politikern, Politologen und Schriftstellern oder zur SPD. Da sprach Prof. Dr. Karl Bosl über "Demokratische Tradition in der bayerischen Verfassung".

Die Aktion organisierte einen bayerischen Abend als "bayerischen Schmankerlteller" literarisch-musikalisch angerichtet, serviert zum 90. Geburtstag von Altministerpräsident Prof. Dr. Wilhelm Hoegner in Burghausen mit bayerischen Künstlern und Kabarettisten. Getreu dem Beitrag von Dagobert Lindlau in dem Band "Das andere Bayern" unter dem Titel "Die Zähmung der Bayern" hieß es da: "Die SPD ist auf dem Holzweg, wenn sie in Bayern mit Programmen etwas werden will. Wir wollen was riechen, was schmecken oder was hören. Zum Beispiel Blasmusik."

Da tun sich Leute wie Erich Kiesl leichter. Der hat keine Theorien im Kopf. Und die CSU hat viele Kiesls. Die kämpfen mit leichtem Gepäck und unter Ausnutzung unserer lebenswertesten Eigenschaft, unserer Sinnlichkeit...". Lindlau stellte fest: "Wahlkampf hin und Leistungen her, die zweiundsechzig Prozent wären in den Kamin gegangen, wenn die bayerische SPD nicht der Sauhaufen wäre, der sie ist. Obwohl das mit dem Sauhaufen auch seine guten Seiten hat. Wir Bayern haben nämlich Sinn für Sauhaufen. Die sind uns lieber als kalte Disziplin. Aber bei den Sozis hat man immer das Gefühl, daß sie heimlich viel lieber Disziplin möchten und sie nur nicht können."

Immer wieder trat und tritt die Aktion mit Veranstaltungen hervor, die das "andere Bayern" zeigen. "Das Wirken Georg von Vollmars für soziale, politische und kulturelle Reformen in Bayern vor dem ersten Weltkrieg" war Thema eines Vortrages von Willi Albrecht mit anschließender Podiumsdiskussion. "Bayern in der NS-Zeit" war eine andere Veranstaltungsreihe überschrieben, der Alltagswirklichkeit, Anpassung und Widerstand in Bayern gewidmet war.

Die Aktion, zu der sich diejenigen zusammengefunden haben, die wissen, daß die Bayern nicht die "letzten Preußen" sind, sondern ihre demokratische Tradition nicht vergessen haben, wird weitergeführt. Gerade jetzt gilt es zu unterstreichen, daß Liberalismus und soziale Demokratie in Bayern mehr zu Hause sind als autoritäres "Preußentum" à la CSU-Chef.

(-/27. Juli 1978/vo-he/lo)

+

+

+